

▼ Anschrift der zuständigen Behörde ▼

**Antrag auf Erteilung einer
Ausnahmegenehmigung
zum Befahren öffentlicher Straßen
bei bestehenden
Verkehrsbeschränkungen oder
Verkehrsverboten
gemäß § 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO**

Antragstellerin / Antragsteller:

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Wohnort (Gemeinde/Gemeindeteil, Stadt/Stadteil)

Telefon

Telefax

E-Mail Adresse

Ich/Wir beantrage(n) die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zum Befahren öffentlicher Straßen bei bestehenden Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverboten

Straße / von Haus-Nr. zu Haus-Nr.

zwischen

 am (Datum)

von (Datum bis Datum)

von Uhrzeit bis Uhrzeit

 in der Zeit in der Zeit**mit folgenden aufgeführtem(n) Kraftfahrzeug(en):**

<input type="checkbox"/> PKW	Amtl. Kennzeichen	<input type="checkbox"/> Kraftrad	Amtl. Kennzeichen	<input type="checkbox"/> Moped	Vers.-Nr.
<input type="checkbox"/> Kraftomnibus	Amtl. Kennzeichen	Personenzahl	kg	Zulässiges Gesamtgewicht	kg
<input type="checkbox"/> LKW	Amtl. Kennzeichen	Ladegut	kg	Zulässiges Gesamtgewicht	kg
<input type="checkbox"/> Anhänger	Amtl. Kennzeichen	Ladegut	kg	Zulässiges Gesamtgewicht	kg
<input type="checkbox"/> Zugmaschine	Amtl. Kennzeichen	Ladegut	kg	Zulässiges Gesamtgewicht	kg
<input type="checkbox"/> Arbeitsmaschine	Amtl. Kennzeichen	Ladegut	kg	Zulässiges Gesamtgewicht	kg

Kurze Begründung für die Notwendigkeit der Ausnahmegenehmigung:

Die Zustimmung des Straßenbauträgers bzw. Grundstückseigentümers zu diesem Antrag wurde mit folgenden Auflagen erteilt:

Erklärung: Ich/Wir stelle(n) in Bezug auf die Ausnahmegenehmigung bereits heute den Träger der Straßenbaulast bzw. für die Verkehrssicherungspflicht zuständige Verwaltung von Entschädigungsansprüchen Dritter frei, für Schäden, welche im Rahmen der Ausnahmegenehmigung entstehen.

Ferner übernehme(n) ich/wir für jeden von mir/uns angerichteten Schaden am Straßenkörper und Straßenzubehör, die über den Rahmen des durch die übliche Straßenbenutzung entstehenden Schadens hinausgeht, die volle Haftung.

Es ist mir/uns bekannt, dass im Falle einer plötzlich notwendig werdenden Totalsperre kein Rechtsanspruch auf Durchführung der beantragten Fahrt besteht.

Hinweise zum Datenschutz: Die Daten werden erhoben um Ihren Antrag bearbeiten zum können. Verantwortlich für die Verarbeitung der Daten ist die zuständige Behörde. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit Art. 4 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) und in Verbindung mit dem anzuwendenden Fachgesetz. Die Hinweise zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin / des Antragstellers